

SPD immer erklärt, daß sie in der Durchführung von Arbeiterpolitik durch die Bourgeoisie gehemmt wird, deshalb wollen die Kommunisten die Sozialdemokraten zwingen, jetzt ihre Versprechungen im Wahlkampf durch Bildung eines SPD-Senats, der von den bürgerlichen Parteien unabhängig ist, wahrzu machen. Die Arbeiterchaft wird dann das gerechte Urteil über die sozialdemokratische Politik fällen. Die Kommunisten haben keine Illusionen. Die Entscheidung über die Lebensinteressen der Arbeiterchaft fällt nicht im Parlament, sie fällt außerparlamentarisch in den Betrieben und Kontoren, in den wirtschaftlichen Klassenkämpfen und politischen Massenfaktionen gegen die Koalitionspolitik, für den Sturz des Bürgerblocks.

### Die Scharfmacher am Werk

Berlin, 20. Februar. (Eigene Drahtmeldung.) Der deutschnationalistische „Montag“ schreibt: Der Reichsarbeitsminister wird mit großer Wahrscheinlichkeit am Montag mittag den Schiedsspruch im mitteldeutschen Metallarbeiterstreik für verbindlich erklären und damit den Metallarbeiterstreik, sowie die Ankündigung der Ausperrung aller Metallarbeiter beenden. Der demokratische „Montag-Morgen“ macht Stimmung gegen die Metallarbeiter: Die Arbeiterchaft hat es also in der Hand (!), ob wir einen Jubiläumstakt oder eine Industriesperrung von riesiger Ausdehnung in Mitteldeutschland und in weiterer Folge in ganz Deutschland erleben werden, oder ob der Konflikt friedlich beigelegt wird. Die demokratischen Scharfmacher stellen also hier frech die Forderungen auf den Kopf und wollen der Arbeiterchaft die Verantwortung für die von den Unternehmern angekündigte Ausperrung zufügen, und dann ermahnen die demokratischen Scharfmacher die Reformisten, unter allen Umständen mit Hilfe der sozialdemokratischen Fraktionsdisziplin die Zustimmung zu dem Schiedsschiedsspruch durchzusetzen und die Verbindlichkeit im Reichsarbeitsministerium zu beantragen. Die „Welt am Montag“ schreibt: Es wird sich zeigen, wie weit diese Meldung (die Ausperrungsvorwarnung der Metallindustriellen) auf die Verbindlichkeitsklärung wirkt, die sicher auf Seiten der Metallarbeiter Unzufriedenheit und Empörung auslösen würde und den Gewerkschaften die schwere Aufgabe diktiert, den Streik in einem durchaus unbefriedigenden Stadium abzublenden.

### Drohung der sächsischen Hausbesitzer

Die Hausbesitzervertreter in der sächsischen Wirtschaftspartei vollzogen einen Angriff gegen die Aufhebung der Mietbeschränkungsordnung. Bekanntlich war letzthin etwas Kritik an der Aufhebung der Aufhebung der Mietbeschränkungsordnung inselondere für Chemnitz veranlaßt. Der Justizminister hat dann eine solche Aufhebung für Chemnitz angeordnet. Jetzt unternehmen die Hausbesitzervertreter von der Wirtschaftspartei einen neuen Vorstoß und drohen damit, bei der Entscheidung ihre Zustimmung zum Justizetat zu verweigern. Sie finden an, daß die in Aussicht stehenden Reichstagswahlen zu einer vorzeitigen Auflösung des sächsischen Parlaments beitragen würden. Die Hausbesitzergruppe der Wirtschaftspartei-Abgeordneten erläßt eine Erklärung, in der es heißt:

Die Wirtschaftspartei hat mehrfach erkennen lassen, daß sie die Verordnung vom 6. April 1927 als ihre besondere Errungenschaft betrachtet, und es ist in diesem Sinne nicht unangenehm, wenn die Dresdener Volkszeitung in scharfem Tone gegen die Partei vom Reder zieht, die das von ihr selbst als das wichtigste Produkt ihrer Tätigkeit betrachtete Ergebnis länger Bemühungen preisgeben genötigt ist. Welche Konsequenzen von der Wirtschaftspartei bezogen werden, steht noch dahin. Auf alle Fälle muß damit gerechnet werden, daß die Partei zum Teil oder geschlossen bei den bisherigen Entscheidungen den Haushalt des Justizministeriums, auf das die Aufhebung der Verordnung vorwiegend zurückzuführen ist, ablehnen wird. Sollte das eintreten, so würde eine solche Stellungnahme einem Mißtrauensvotum gegen den Justizminister gleichzusetzen sein und die Koalition als zerbrochen betrachtet werden müssen. Der Optimismus Betreffs des allsozialistischen Abgeordneten und Hauptgeschäftsführers der Sächs. Staatszeitung, daß die Differenzen, wie sie letztlich in der sächsischen Regierungskoalition aufgetreten sind, zu den alltäglichen Erscheinungen jeder Koalition gerechnet werden müssen, wird in parlamentarischen und politisch unterrichteten Kreisen wenig geteilt. Vielmehr ist damit zu rechnen, daß die nächste in Aussicht stehenden Reichstagswahlen zu einer vorzeitigen Auflösung auch des sächsischen Parlaments beitragen werden. Mit Ausnahme der allsozialistischen Partei und der kaum jemals in Betracht gekommenen Nationalsozialisten wird einer solchen Wendung auch mit bemerkenswerter Ruhe entgegengeesehen.

Wir glauben, daß man einer „solchen Wendung“ ebenfalls mit Ruhe entgegensehen kann. Der sächsische Bürgerblock löst sich nicht so schnell auf. Die Arbeiterchaft muß aber die Gelegenheit nutzen und den Druck auf den Landtag verstärken. Sie muß die Zustimmung erzwingen.

### Der Burgfrieden von den Deutschnationalen bis zur SPD

Wenn es noch eines Beweises bedürft hätte, daß die Sozialdemokratie völlig unschuldig an der Bürgerblockbildung ist und die Reichstagsauflösung nicht gewollt hat, so liefert ihn der heutige Vorwärt.

Wir findlicher Naturität stellt er fest: „Die Deutsche Volkspartei hat den Bürgerblock in Scherben geschlagen!“ Damit ist hier genau die Umkehrung der SPD und — was Herr Stämpfer ja auch sagen will — die Koalitionsfähigkeit nach den Neuwahlen bewiesen. Dann aber schimpft der Vorwärt, daß die Kommunisten mit ihrem Mißtrauensantrag gegen die Bürgerblockregierung die Scherben des Bürgerblocks wieder zusammenkleimen wollen. Zum Mißtrauensantrag erklärt Herr Stämpfer:

„Es findet keine Mehrheit, das kann sich jeder ausrechnen, der zählen kann. Abgelehntes Mißtrauensvotum aber bedeutet, wenn auch nicht feierliches Vertrauensvotum — so doch, daß der Reichstag der Regierung die Chance geben will, weiter zu regieren. Es bedeutet politische Vollmacht, eine Ermächtigung.“

Nehmen wir also die Sozialdemokratie beim Wort. Wer gegen das Mißtrauensvotum der Kommunistischen Partei stimmt, der will der Bürgerblockregierung die Chance geben weiter zu regieren. Der gibt ihr politische Vollmacht, eine Ermächtigung!

Über was hat die Sozialdemokratie getan? Sie hat bei der Abstimmung über dieses Mißtrauensvotum der Bürgerblockregierung ein Vertrauensvotum, eine Chance eine politische Vollmacht gegeben! Wir haben sofort bei Beginn der Bürgerblockbildung festgestellt, daß die Bürgerblockregierung die alte Politik fortzuführen wird, daß trotz des wahlmännologischen Geschreis der einzelnen Bürgerblockparteien der Bürgerblock nach wie vor weiter besteht. Das einzige Neue war nur, daß die SPD sich sofort auf den Boden des Hindenburg-Briefes stellte, daß Verhandlungen mit SPD, Demokraten und Bürgerblockparteien über den Burgfrieden einigten und daß die SPD sich bis zu den Neuwahlen mit einem Burgfrieden verpflichtet hatte. Darüber hinaus haben wir aber jetzt guten Grund für die Annahme, daß zwischen SPD und Zentrum und Deutscher Volkspartei der Burgfrieden nicht nur bis zur Wahl, sondern auch darüber hinaus für den Wahlkampf bekräftigt worden ist. Darüber wird wir negebenden Zeit noch Näheres feststellen sein.

Für heute wollen wir als Beweis dafür, daß ein 100prozentiger Burgfrieden zwischen den Bürgerblockparteien und der

# Es wird weitergeworfen!

## Hindenburgs Notprogramm wird durchgepeitscht — Die Sozialdemokratie stimmt zu

—ck. Berlin, den 18. Februar.

Die Abendklausur des Reichstags am Freitag mußte ergebnislos abgebrochen werden. Die ganze Nacht hindurch knobelten die Regierung und die Bürgerblockparteien an einem Notprogramm herum, ohne eine Verständigung zu finden. Aus wahlmännologischen Gründen wurden von den einzelnen Parteien immer neue Forderungen erhoben, daneben lief das Bestreben der bisherigen Teilhaber der Koalition, dem anderen die Schuld am Bankrott zuzuschreiben. Das Ergebnis der Nachtsitzung sowohl der Regierung wie der bürgerlichen Parteien war völliger Kuddelmuddel. In jedem parlamentarisch registrierten Lande hätte es nur noch die einzige Folgerung der sofortigen Reichstagsauflösung gegeben.

Am Sonnabendvormittag verhandelte die Regierung mit der sogenannten Opposition, den Demokraten und den Sozialdemokraten, beide Parteien setzten ihr trauriges Spiel der Sühnung des in allen Augen tragenden Bürgerblocks fort und taten nicht das geringste, um ihrerseits die Abrechnung vor den Wählern zu beschleunigen. Im Gegenteil, die Sozialdemokraten, die bisher alle kommunistischen Vorstöße für die rasche Auflösung dieses Schandparlamentes zurückgewiesen hatten, erklärten sich zur Erledigung des Hindenburg-Programms bereit und verlangten nur, daß man es ihnen völlig ausgearbeitet vorlegen solle.

Als der Reichstag am 1 Uhr zusammentrat, wurde bekannt, daß Hindenburg einen zweiten Brief geschrieben hatte und im „nationalen Interesse“, d. h. im Auftrag des Schmelzwerks und der Großagrarier befahl, daß der Reichstag noch den Bürgerblockteil fertigstellen habe und die Liebesgaben für die Großagrarier bewilligen müsse. Während der ganzen Verhandlungen wurde das schändlichste Spiel mit den Armen betrieben. Das Hauptobjekt des Schänders im Regierungslager war neben der Höhe der Liebesgaben für die obelischen Junker die Frage der Höhe der Zuschüsse zur Sozialversicherung. Auf Hindenburgs Brief nahmen die Bürgerblockparteien Hände an die Heiligkeit und richteten die schändliche Koalition vor dem Kommando des Großkapitals auf. Sie gingen erneut an die Aufstellung des Notprogramms, der Schänder, der schon zweimal gescheitert war, wurde zum dritten Male aufgenommen.

So wurde die Reichstagsitzung um 1 Uhr zu einer ebenso jämmerlichen Komödie wie die Freitagabendklausur. Präsident Lohé eröffnete und erklärte, daß die Regierung sich immer noch nicht schlüssig sei. Sofort sprang die Sozialdemokratie in die Bresche, um dem Bürgerblock zu ermöglichen, den schmutzigen Handel hinter den Kulissen fortzusetzen. Dittmann beantragte, die Sitzung zu vertagen bis zu einer späteren Abendstunde. Er tat dies in der Gewissheit, daß bis dahin dem Befehl Hindenburgs nachgekommen werde und das Notprogramm durchgepeitscht, schlußfertig worden sei. Um nach außen hin die traurige Rolle der sozialdemokratischen Fraktion etwas zu verschleiern, teilte er mit, daß seine Fraktion sich vorbehaltlos, am Montag eine neue Sitzung mit der Tagesordnung: Entgegennahme einer Erklärung der Reichsregierung zu verlangen.

Kun verließen sich die Abgeordneten wieder ins Restaurant und in die Wandelgänge, um abzuwarten, bis es dem Bürgerblock gefällig sei, sie wieder zusammenzuholen. Gegen 15 Uhr wurde eine amtliche Mitteilung der Reichsregierung ausgegeben, in der die Einbringung des Notprogramms angekündigt und die Neuwahlen auf die zweite Hälfte des Mai in Aussicht gestellt werden. Auf jeden Fall solle der Reichstag bis Ende März zusammenberufen und das Notprogramm erledigen. Man schien sich jedoch um 16 Uhr noch nicht völlig geeinigt zu haben, denn die Sitzung wurde noch einmal bis 18 Uhr verschoben. Um 18 Uhr trat dann der Reichstag zusammen und Präsident Lohé teilte mit, daß die Mehrheit sich geeinigt habe, auf die Erledigung eines Notprogramms. Die nächste Sitzung des Reichstags am 27. Februar solle mit einer Erklärung der Reichsregierung eröffnet werden. Darauf betrat Hermann Müller die Rednertribüne und gab bekannt, daß die sozialdemokratische Fraktion bereit sei, den Etat fertigzustellen und an der Beratung verschiedener wichtiger Gesetze mitzuwirken. Die Sozialdemokraten hatten damit den bisherigen Kuhhandel mit den Bürgerblockparteien und der Bürgerblockregierung durch die vollständige Kapitulation vor Hindenburg und dem Bürgerblock getrunken.

Für die kommunistische Fraktion ergriß nun Genosse Korne das Wort und kennzeichnete die ganze Komödie, die sich in den letzten Tagen im Reichstag abgespielt hatte. Er verlangte, daß die Regierung sofort eine Erklärung abgeben solle. Er brandmarkte das Verhalten der sozialdemokratischen Fraktion, die den Bürgerblock sein würdevolles Spiel auf Kosten der breiten Massen der Bevölkerung erleichtert, ja er ermöglicht hatte. Er zeigte den politischen Hintergrund der Krise. Er verwies darauf, daß es gerade angeichts des gefällten Schiedsspruches im Metallarbeiterkampf unumgänglich notwendig sei, im Reichstag über alle diese Ereignisse ausführlich zu sprechen.

Verlegen wickelten die Sozialdemokraten, um die Wirkung der Feilschenschlüge, die auf sie niederkauten, abzuschwächen. Betreten sahen die Parteien des Bürgerblocks auf ihren Stühlen. Die sozialdemokratische Fraktion hatte im Selbstentzug angedündigt, sie werde die Einberufung einer Reichstagsitzung am Montag verlangen, aber im Moment lag kein Antrag der sozialdemokratischen Fraktion vor, nur in einigen Andeutungen hatten Lohé und Hermann Müller davon gesprochen, daß der Reichstag auch schon zu einem früheren Termin als dem 27. Februar zusammentreten könne. Als Genosse Korne am 20. zum zweiten Male das Wort ergriff, diese Zweideutigkeit selbsterklären und für den Fall der Ablehnung des kommunistischen Antrags auf sofortige Weitereröffnung die Einberufung einer Sitzung am Montag verlangte, wollten die Sozialdemokraten die Lohés durch erregte Zwischenrufe verwischen.

Bei der Abstimmung wurde der kommunistische Antrag auf sofortige Entgegennahme einer Regierungserklärung von den Bürgerblockparteien und den Sozialdemokraten abgelehnt, der Antrag, am Montag eine Sitzung abzuhalten, wurde von den Bürgerblockparteien zu Fall gebracht. Der Bürgerblock will sich die Forderungen nicht nehmen lassen, man braucht wohl eine Pause, um die ungeheure Blamage der letzten Tage etwas zu vermissen und die Einheitsfront von Deutschnationalen bis zu den Sozialdemokraten zu stützen, daß mit ihr das Hindenburgsche Notprogramm durchgepeitscht werden kann. Es war die beste Kennzeichnung der Situation, als Genosse Korne in am Schluß der Sitzung rief: „Jetzt die Karrenflappen her!“ Die Forderungen des Bürgerblocks wird allerdings nicht mehr lange währen. Trotz Hindenburg-Programm und Liebesgaben für die Junker, trotz der sozialdemokratischen Stützungsaktion für den Bürgerblock, wird der Kahenhammer rascher kommen, als die Herrschenden dies erwarten. Besser konnte die Vera der gesamten Bürgerblockpolitik nicht gekennzeichnet werden als durch diesen Schänder, mit dem die Bürgerblockregierung sich und dem Reichstag eine kurze Weiterexistenz errungen hat. Die wertvollen Massen werden aus den Ereignissen der letzten Tage die Lehre ziehen müssen, daß es höchste Zeit ist, mit allen parlamentarischen und außerparlamentarischen Kampfmitteln abzurechnen mit der bankrotten Gesellschaft, die auf Kosten der wertvollsten Bevölkerung der bestehenden Klasse immer erneut gewaltige Profite zuzuwagt und die bei Durchführung ihrer Klassenherzhaft vor keiner Niedertracht und keiner Schmeichelei zurückbleibt.



1. Arbeiter: „Sag mal, Kollege, wie ist es möglich, daß ein paar Unternehmer 800 000 Metallarbeiter ausperrern können?“  
2. Arbeiter: „Ganz einfach, weil 800 000 Metallarbeiter, dank der „bewährten“ reformistischen Bureaucratie, nicht verstanden haben, ein paar Unternehmer auszulperren.“

### Laßt euch nicht verhöhnen

Der in Moskau tagende Metallarbeiterkongreß der Sowjetunion nahm einen Aufruf an die deutschen Metallarbeiter an, in dem zu einer entscheidenden Abwehr gegenüber den Kapitalisten, zur Organisation des Kampfes aufgefordert und verpflichtet wird, der Metallarbeiterverband der Sowjetunion werde alles aufbieten, um keine internationale Pflicht zu erfüllen und den Kampf zu unterbrechen.

Der Aufruf betont, daß die Deutschen Gewerkschaftsführer gemäß den Direktiven der sozialdemokratischen Partei den Entscheidungskämpfen ausweichen, jegliche Aktionen der Arbeiterchaft lähmen, sich an kapitalistische Schlichter wenden, die Kampfbewegung der Arbeiterklasse nicht ausführen. Die Metallarbeiter der Sowjetunion geben in ihrem Aufruf der Überzeugung Ausdruck, daß die deutschen Metallarbeiter als die Vorhut der deutschen Arbeiterklasse den Kapitalisten und deren Zehelungen nicht gestatten werden, sie zu verhöhnen und sich durch Opportunismus und Kompromißertum nicht mehr täuschen lassen werden.

### Jugendfragen vor dem sächsischen Landtag

In der morgen stattfindenden Plenarsitzung des Sächsl. Landtages werden u. a. die von den bürgerlichen Parteien und dem Reichsausschuß deutscher Jugendverbände eingereichten Jugendanträge und die von der kommunistischen Fraktion gestellten Jugendanforderungen zur Beratung stehen. Die geradezu ungläubliche Heuchelei der bürgerlichen Organisationen wird in dieser Sitzung von den kommunistischen Vertretern entlarvt werden. Die kommunistischen Anträge gewinnen dadurch, daß die sozialdemokratischen Jugendorganisationen im Gegensatz zum kommunistischen Jugendverband sich völlig in die Front der bürgerlichen Jugendausschüsse eingefügt haben. Die Jungarbeiter werden aus diesen Verhandlungen wertvolle Lehren ziehen können.

### Der sächsische Etat an den Landtag überwiesen

Das Gesamtministerium hat in seiner Sitzung vom 17. Februar beschlossen, dem Landtag die Einleitung des ordentlichen und außerordentlichen Etats auf das Rechnungsjahr 1928 nebst dem Haushaltsplan für daselbe Jahr zugehen zu lassen. Ferner sollen dem Landtag der Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Gegenkontogesetzes und die Denkschriften über die rechtlichen Mittel zur Bekämpfung von Hochwasserkatastrophen im Wäglitz- und Gottweidegebiet, sowie über fernere Ausgestaltung des Staatsbades Elster zugehen.

### Sozialdemokratie mit dem Zweck des gemeinsamen Kampfes zur Niederknüpfung der Metallarbeiter, zur Abwägung des Streiks, zur Sicherung des Preises der Metallindustriellen und der Millionenunternehmern der Großagrarier, abgeschlossen worden ist, nur die köstliche Volksetzung gittern die ganz klar ausspricht, daß sich zwischen Regierungsparteien und Opposition schon

„eine einheitliche Linie angebahnt habe, die — und das ist die Ironie bei der Geschichte — von den Deutschnationalen bis zu den Sozialdemokraten geht. In demselben Augenblick, wo die bisherige politische Arbeitgemeinschaft in die Frühe geht, bildet sich so etwas wie eine Kille, ganz große Koalition, die allerdings nur für eine bescheidene Zeit arbeiten will und deren wesentlichster Programmpunkt die Verpflanzung aller Beteiligten ist, bis zur Auflösung des Reichstags, d. h. bei der Stange zu bleiben.“

Vergebens windet sich die Leipziger Volkszeitung mit einigen Parolen in der Schlinge der offiziellen SPD-Politik. Vor der Arbeiterchaft ist die SPD gerichtet.

### Öffentliche Versammlung

für die Beamten und Behördenangestellten  
Mittwoch den 22. Februar 1928, 10.30 Uhr, in Hollands Restaurant, Dresden-K., Königstraße 11. Es sprechen:  
Torgler, M. d. R.,  
Vorhänger des Beamtenausschusses des Reichstages, über  
Beamtenbeförderung, Verwaltungsreform  
neuer Beamtenabbau  
Kähler, M. d. L., und Schrapel, Stadtverordneter,  
Mitglied des Sächslischen und des Dresdener Beauftragtenausschusses über  
„Die staatliche und die bevorstehende hadt. Beauftragtenreform.“  
Alle Beamten und Behördenangestellte sind zu dieser Versammlung eingeladen!